

Lasst Banken endlich pleite gehen !

Immobilienkrise

Wer hat uns diese Finanzkrise, in der wir uns schon seit Jahren befinden, eingebrockt? Die Banken, oder deutlicher gesagt, deren Bankster. Ja, sie wollten das große Geld machen. Der schnöde Mammon lockte. Big Money hieß das Zauberwort. Aber wie kam es zu dieser Finanzkrise?

Der eigentliche Verursacher war die US-Notenbank (FED). Der damalige FED-Chef, **Alan Greenspan**, betrieb seit Anfang 2001 eine unverantwortliche Niedrigzinspolitik. Nach dem „angeblichen“ Terroranschlag (offizielle Version) auf das WTC am 11. September 2001 wurde diese Niedrigzinspolitik fortgesetzt. Bis zum Sommer 2003 sanken die Zinsen von etwa 6,5 auf 1 Prozent. Das Geld war so billig wie nie. Der Traum von einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung war groß.

Menschen, die kaum oder gar kein Eigenkapital hatten, konnten sich in den USA Häuser kaufen. Immobilienfinanzierer und Regionalbanken waren da sehr großzügig und verliehen viele Milliarden Dollar an Kreditnehmer mit zweifelhafter Bonität. Subprime Loans wurden diese zweitklassigen Hypothekendarlehen genannt, die allerdings etwas teurer als herkömmliche Darlehen waren. Diese höhere Risikoprämie betraf Schuldner, die über keine Sicherheiten verfügten. Die Nachfrage war größer als das Angebot. Die Immobilienpreise explodierten.

Nachdem die FED die Zinsen nach und nach erhöhte, konnten viele neue Hausbesitzer ihre Zinsraten nicht mehr bezahlen. Die Nachfrage nach Immobilien ging zurück, die Immobilienpreise fielen. Da viele Menschen wegen der gestiegenen Zinsen ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, kam es zu vermehrten Zwangsvollstreckungen und zu einer gewaltigen Immobilienkrise, die bis heute zu einer großen Bankenkrise führte.

Bankenkrise

In der Not ist man erfinderisch. Um die Risiken bei den Subprime Loans klein zu halten, bündelten die Immobilienfinanzierer die Kredite und verkauften diese als Gesamtpakete überwiegend an Banken und Hedgefonds weiter. Somit wurden die Risiken auf viele Schultern verteilt. Diese undurchsichtigen Finanzprodukte brachten daraufhin so manche Banken, die sich dieser annahmen, ins Wanken. Letztendlich basierten diese Produkte auf faule Kredite. Es kam zu Abschreibungen von mehreren Milliarden. Betroffen hiervon waren nicht nur viele US-Banken, sondern auch etliche Banken aus dem Euro-Raum und deutsche Banken, unter anderem auch Landesbanken. Die Zockerei bei den Banken um den schnöden Mammon war grenzenlos. Das Vertrauen unter den Banken war zerstört, denn niemand wusste, welche Bank wie tief im Subprime-Sumpf steckte. Daraufhin verliehen sich die Banken untereinander kein Geld mehr.

Die Zentralbanken sahen sich gezwungen, frisches Geld in den Markt zu pumpen, um die Banken und in erster Linie deren Großsparer zu retten. Allerdings war diese Rettung nur von kurzer Dauer. Die Bankenkrise nahm seinen Lauf. Die Banken schönten ihre Bilanzen so gut es ging. Doch es nutzte alles nichts.

Die Citigroup und Merrill Lynch, die man zu den größeren Banken der USA zählen darf, mussten Ende 2007 und bis Mitte 2008 milliardenschwere Abschreibungen vornehmen. Wenig später wurden die Baufinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac aufgrund eines drohenden Bankrotts kurzerhand verstaatlicht. Damit aber noch nicht genug. Im September 2008 kam es dann knüppeldick. Amerikas viertgrößte Investmentbank, Lehman Brothers, meldete Konkurs an. Zudem schwächelte auch die AIG, der bis dahin weltgrößte Versicherer. Auch hier sprang die US-Notenbank mit einem Kredit von 85 Milliarden Dollar ein.

Deutschlands Bankenkrise

Wer glaubte, dass diese Immobilienkrise ein hausgemachtes Problem der USA war, sah sich getäuscht. Die Deutsche Industriebank AG (IKB) war über die dubiose "Rhineland Funding" in ein Geschäft mit faulen Hypothekenkrediten verwickelt. Die "Rhineland Funding", ausgestattet mit einem Eigenkapital von gerademal 500 Dollar, investierte ca. 13 Mrd. Dollar in Kredite und Spezialanleihen, die mit fragwürdigen Wertpapieren gegenfinanziert wurden.

„Am Montag, dem 30. Juli 2007, veröffentlichte die IKB eine Ad-hoc-Meldung mit folgendem Inhalt: Die Bank sei als Folge der Krise am US-amerikanischen Subprime-Markt in eine existenzbedrohende Schieflage geraten, zugleich trat der Vorstandssprecher Stefan Ortseifen zurück und das KfW-Vorstandsmitglied Günther Bräuning übernahm seine Aufgaben, außerdem sei kurzfristig ein Rettungspaket vereinbart worden. Schließlich wurde die erst 10 Tage zuvor im vorläufigen Quartalsbericht als ungefährdet dargestellte Gewinnprognose für das laufende Geschäftsjahr durch eine Gewinnwarnung ersetzt. Bemerkenswert ist auch, dass dieser erst wenige Tage alte Quartalsbericht die möglichen Risiken aufgrund der Unsicherheiten auf dem US-Hypothekenmarkts noch mit einem einstelligen Millionenbetrag bezifferte.

Der Ad-hoc-Mitteilung vorangegangen war am Freitag, dem 27. Juli 2007, eine Mitteilung an die IKB, dass die Deutsche Bank sowie andere Banken die Kreditlinien gegenüber der IKB kürzen wollen. Am Wochenende fand daraufhin eine Besprechung aus Vertretern des 38-prozentigen Hauptaktionärs KfW, der Bankenverbände (BdB, BVR, DSGV), der Bundesbank, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie des Bundesfinanzministeriums statt. Die Situation wurde von Jochen Sanio, Sprecher der BaFin, als so dramatisch eingeschätzt, dass er nachher von der größten Bankenkrise seit 1931 sprach. Der Bundesbankpräsident Axel Weber hielt dagegen den Vergleich mit der Schieflage der Danat-Bank 1931 für „völlig abwegig“.

Die KfW sowie die Bankenverbände vereinbarten über das Wochenende ein Rettungspaket in Höhe von 3,5 Mrd. Euro, von dem die KfW 70 % und die anderen Banken 30 % trugen. Durch diese Hilfsaktion wurde eine kurzfristig drohende Zahlungsunfähigkeit der IKB sowie eine mögliche Kettenreaktion für den deutschen Bankenmarkt abgewendet.“ ([wikipedia](#))

Dabei blieb es aber nicht. Das war erst der Anfang, und das Rettungspaket für die IKB von **3,5 Mrd.** Euro waren im Verhältnis was noch folgen sollte nur „Peanuts“. Wie sich später herausstellte, waren überwiegend öffentlich-rechtliche Finanzinstitute (Landesbanken) in Deutschland von dieser Subprime-Krise betroffen.

Nicht nur Banken, sondern auch Lebensversicherungen und Pensionsfonds waren in diese dubiosen Geschäfte verwickelt. Ich werde mich aber in diesem Artikel lediglich auf die dubiosen Bankgeschäfte beschränken.

Hypo Real Estate (HRE)

Die HRE erhielt im Rahmen der Subprime-Krise als erste deutsche Bank staatliche Garantiezusagen von über **100 Mrd.** Euro. Inzwischen ist die HRE zu 100 Prozent in staatlicher Hand. Aber der Reihe nach.

Der damalige Vorstandsvorsitzende, **Georg Funke**, gab nach guten Quartalszahlen noch am 07. November 2007 bekannt, dass die HRE gestärkt aus der Finanzkrise hervorgegangen sei. Nur zwei Monate später, am 15. Januar, verkündigte die HRE, dass sie eine Abschreibung auf amerikanische CDOs von **390 Mio.** Euro vornehmen müsse. Daraufhin verlor die Aktie im Tagesverlauf 35 Prozent. Innerhalb von neun Handelstagen fiel die Aktie von 33,52 Euro auf 13,96 Euro. Die HRE erhielt eine Reihe von Ausfallbürgschaften und als sich die Lage der HRE dramatisch verschärfte, stürzte der Aktienkurs bis auf 3,52 Euro ab. Insgesamt hatte die HRE Beihilfen und Garantien vom Staat (87 Mrd.) und anderen Banken (15 Mrd.) von **102 Mrd.** Euro erhalten.

Nachdem die HRE für das Geschäftsjahr 2008 einen Rekordverlust von über 5 Mrd. Euro vorzuweisen hatte, beteiligte sich der Bund mit einem Anteil von 8,7 Prozent an der HRE. Dies geschah am 28. März 2009 durch eine Kapitalerhöhung, wobei der Bund 20 Mio. Aktien zu je 3 Euro erwarb. Dadurch flossen der HRE **60 Mio.** Euro Staatsgelder zu. Die Finanzspritzen an die HRE nahmen kein Ende, bis sich letztendlich die BRD GmbH am 05. Oktober 2009 als erste deutsche Bank seit 1949 zu verstaatlichen. Die Barabfindung für die anderen Aktionäre lag bei 1,30 Euro je Aktie.

Vor einem Jahr, am 01. Oktober 2010, übernahm die FMS Wertmanagement von der HRE Darlehen und Wertpapiere im Wert von ca. **173 Mrd.** Euro. Die FMS Wertmanagement ist Deutschlands größte so genannte „Bad Bank“ und wurde am 8. Juli 2010 gegründet. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) und dient als Abwicklungsanstalt für die HRE, die sich während der Finanzkrise in dubiose Geschäfte verstrickt hat und so in eine existenzbedrohende Schieflage geriet. Diese „Bad Bank“ verfolgt das Ziel, für die von der HRE ausgelagerten Darlehen und Wertpapiere möglichst gute Verkaufserlöse zu erzielen, um die Verluste so gering wie möglich zu



halten. Ob dieses Vorhaben gelingt, bleibt somit abzuwarten.

Dennoch muss die Frage erlaubt sein, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die HRE von Anfang an in die Insolvenz zu schicken, anstatt Mrd. staatlicher Gelder für die Rettung der HRE aufzuwenden, wobei bis heute ungewiss ist, ob die HRE jemals wieder auf die Beine kommt. Bei einer Insolvenz wäre dem Steuerzahler zumindest die, man kann es nicht oft genug hervorheben, unverschämte Gehaltsnachzahlung von **3,5 Mio.** Euro, die **Georg Funke** eingeklagt hat, erspart geblieben. Typisch Bankster. Erst eine Bank an die Wand fahren und dann auch noch laut Vertrag die ausstehenden Gehälter einklagen!

Deutsche Industriebank AG (IKB)

Wie bereits oben erwähnt, war auch die IKB in dubiose CDOs und ABS investiert, die in größerem Umfang Immobilienkredite (Schrottpapiere) aus den USA enthielten. Grundsätzlich sind CDOs und ABS komplexe und riskante Finanzprodukte, die schwer durchschaubar sind. Ob sich der damalige IKB-Chef **Stefan Ortseifen** darüber im klaren war? Wohl kaum, denn sonst hätte er der „Rhineland Funding“ eine Liquiditätslinie von 8,1 Mrd. Euro in 2007 nicht zugesagt. Ob bei diesem Deal möglicherweise Schmiermittel verteilt wurden?

Wie dem auch sei, am 30. Juli 2007 gab die IKB bekannt, dass wegen der Subprime-Krise in den Büchern der Bank ein Risikovolumen von über 10 Mrd. Euro stand. **Stefan Ortseifen** erklärte daraufhin seinen Rücktritt. Bonus: **805.000 Euro**.

Gegen **Ortseifen** hatte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf im Sommer 2009 Anklage erhoben. Ihm wurde zur Last gelegt, *„dass er durch eine Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, in welcher er die Geschäftsentwicklung der IKB Bank, insbesondere die Höhe des vorläufigen Jahresüberschusses 2007 falsch - wesentlich zu hoch - dargestellt hat, gegen das Wertpapier-handelsgesetz verstoßen habe. Daneben wurde ihm auch der Straftatbestand der Untreue vorgeworfen, da er umfangreiche Baumaßnahmen an dem von ihm bewohnten Vorstandshaus vornehmen ließ, ohne seine Miete angemessen anzupassen. Außerdem soll er auch private Anschaffungen über die Bank abgerechnet haben. Das Landgericht Düsseldorf verhängte am 14. Juli 2010 eine zehnmonatige Bewährungsstrafe wegen Börsenkursmanipulation“* ([wikipedia](#)). Zudem musste **Ortseifen** eine Strafe von 100.000 Euro zahlen.

Um bei der IKB ein Konkurs abzuwenden wurde schnell ein Rettungspaket von **3,5 Mrd.** Euro geschnürt. Die KfW (70 %) und andere Banken (30 %) trugen dazu bei. Wobei hier anzumerken ist, dass die KfW dem Bundesministerium der Finanzen unterstellt ist. Mit anderen Worten: Wie schon bei der HRE haftet auch hier letztendlich der Steuerzahler! Ein zweites Hilfspaket erhielt die IKB nur wenige Monate später. Am 29. November 2007 bekam die KfW eine Risikogarantie von **350 Mio.** Euro.

Und auf zwei folgt drei – das dritte Hilfspaket. Im Frühjahr 2008 wurden weitere 1,5 Mrd. Euro benötigt, wobei die KfW, also der Bund, weitere **1,05 Mrd.** Euro absicherte. Damit aber noch nicht genug, denn zusätzlich wurde eine Kapitalerhöhung von 1,5 Mrd. Euro vorgenommen, bei der sich die KfW verpflichtete, Aktien für **1,25 Mrd.** Euro zu zeichnen.

Schlussendlich hielt die KfW nach den ganzen Hilfspaketen Anteile an der IKB in Höhe von 90,8 Prozent. Dieses Aktienpaket wurde mit Genehmigung der EU-Wettbewerbsaufsicht und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 29. Oktober 2008 an den amerikanischen Finanzinvestor „Lone Star“ für einen angeblichen Preis von **137 Mio. Euro** verkauft.

Zuvor aber wurden zur Rettung der IKB Steuergelder von mehreren Mrd. Euro aufgebracht. Bei der Rettung der IKB wurden Mrd. an Steuergeldern verbrannt. Verantwortlich sind hier politische Entscheidungsträger. Es ist volkswirtschaftlich ein Irrsinn, eine Bank mit Mrd. von Staatsgeldern zu retten und anschließend für einen Millionen-Betrag in dreistelliger Höhe an eine amerikanische Heuschrecke zu verkaufen. Leider aber ist dies kein Einzelfall.

Bilanz der IKB-Rettung für den Steuerzahler: Unterm Strich rund **10 Mrd. Euro Verlust!** So leichtfertig wird von den „bürgerlichen“ Parteien Volkseigentum vernichtet!

Westdeutsche Landesbank (WestLB)

Gegründet wurde die WestLB durch einen Zusammenschluss der damaligen „Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank“ aus Düsseldorf und der „Landesbank für Westfalen Girozentrale“ aus Münster am 01. Januar 1969 als Anstalt des öffentlichen Rechts.

Im Dezember 1999 hatte die WestLB unter der Leitung von **Jürgen Sengera** an den britischen Fernsehverleiher Boxclever ohne ausreichende Risikoprüfung einen Kredit in Höhe von 1,35 Mrd. Euro vergeben. Wobei hier anzumerken ist, dass Boxclever, obwohl fast jeder Haushalt in England ein TV-Gerät besaß, eine „bahnbrechende“ Geschäftsidee hatte. Wie dämlich muss man eigentlich sein, einem Fernsehverleiher einen Kredit in o.g. Höhe zu bewilligen? Nach der Boxclever-Insolvenz entstand der WestLB ein Schaden von min. **427 Millionen** Euro.

Nach dem Desaster traten **Sengera** und sein Kollege **Andreas Seibert** von ihren Ämtern zurück und erhielten aus ihren noch laufenden Verträgen bis 2006 Abfindungen von 3,25 Mio. Euro (**Sengera**) und 2,5 Mio. Euro (**Seibert**). Nicht schlecht für einen verursachten Verlust von 427 Millionen Euro. Wozu dann noch seine Verträge erfüllen!

Und nun der nächste Skandal der WestLB. Für das Geschäftsjahr 2006 wurde ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,0 Mrd. Euro präsentiert. Wenige Tage darauf, am 10. April 2007, wurde ein Verlust von etwa 600 Mio Euro aus dem Eigenhandel bekanntgegeben. **Markus Bolder**, Leiter des Eigenhandels und sein Vorgesetzter **Friedhelm Breuers** hatten auf Kursdifferenzen bzgl. Vorzugs- und Stammaktien bei BMW, Metro und VW spekuliert und verloren. Haben diese dümmlichen Herren nichts aus der **Sengera**-Vorgeschichte gelernt? Nein! Auch sie waren dem schnöden Mammon verfallen! Wichtige Positionen bei Banken werden anscheinend nur von geldgierigen Deppen besetzt. Beide Herren und gleichzeitig auch die Vorstandsvorsitzenden **Thomas Fischer** und **Mattijs van den Adel** wurden im Juli 2007 entlassen.

Die Verluste aus der Finanzkrise waren aber noch viel gravierender. So wurde noch im dritten Quartalsbericht 2007 von „verkräftbaren Belastungen“ in Höhe 355 Mio. Euro berichtet. Im gesamten Geschäftsjahr 2007 allerdings wurde ein Verlust von 1,6 Mrd. Euro festgestellt. Die Verlierer waren wie immer, wenn ein Unternehmen von unverantwortlichen Managern abgewirtschaftet wird, die Angestellten. Der zweite Hauptsitz Münster wurde zum Jahresende 2009 aufgegeben und rund 1.500 Arbeitnehmer verloren bei der WestLB ihren Arbeitsplatz.

Bereits im Februar 2008 wurden von den Eigentümern umfangreiche Rettungsmaßnahmen beschlossen. So wurden z.B. riskante Wertpapiere von etwa 23 Mrd. Euro in eine extra neu gegründete Zweckgesellschaft ausgelagert, um sich von bilanzwirksamen Belastungen zu befreien. Finanziert wurde diese Zweckgesellschaft mittels Garantien der Eigentümer mit einem Betrag von 5 Mrd. Euro. Zudem erklärte sich das Land NRW (**die Bürger von NRW wurden allerdings nicht gefragt**) dazu bereit, die ersten **2 Mrd.** davon zu tragen.

Nachdem die WestLB von mehreren unfähigen Managern so gut wie ruiniert wurde, wurden Ende 2009 alle Schrottpapiere in eine „Erste Abwicklungsanstalt“ übertragen. Mit anderen Worten, in die Bad Bank „FMS Wertmanagement“. Dabei handelte es sich um Wertpapiere im Wert von ca. 77 Mrd. Euro. Die Rekordsumme von ausgelagerten Schrottpapieren hält bis heute immer noch die HRE. Immerhin aber war die WestLB die „Erste“ deutsche Bank, die ihren Müll in eine Bad Bank entsorgen durfte.

Als Schmankerl sei noch anzumerken, das der Bankenrettungsfonds Soffin im Juni 2010 den früheren CDU-Politiker und Rechtsanwalt **Friedrich Merz**, sowie die Investmentbank Morgan Stanley beauftragte, einen Verkauf der WestLB durchzuführen. Das Honorar für Merz soll angeblich bei 5.000 Euro pro Tag liegen. Morgan Stanley wird sich sicherlich auch nicht mit einem Butterbrot begnügt haben.

Was soll's, NRW ist ja ein reiches Bundesland und aus den Bürgern ist noch so einiges rauszupressen. Bei den nächsten Steuererhöhungen, in den meisten Fällen trifft es die Ärmere, werden die sich kurz aufregen und anschließend ihrer unterbezahlten Beschäftigung nachgehen.

Bayerische Landesbank (BayernLB)

Die BayernLB ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, Hausbank des Freistaates Bayern und zugleich Zentralbank für die bayerischen Sparkassen und wurde am 27. Juni 1972 gegründet. Die BayernLB übernahm im Mai 2007 für 1,625 Milliarden Euro eine Beteiligung von 50 Prozent plus einer Aktie an der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA). Ein großer Fehler, wie sich später herausstellte.

Wie die bisher dargestellten Banken geriet auch die BayernLB durch die Subprime-Krise in Schieflage. Erstmals im Jahr 2008 musste sie Wertberichtigungen von etwa 600 Mio. Euro vornehmen. Hinzu kamen noch Buchwertverluste von min. 1,3 Mrd. Euro. Der damalige Vorstandsvorsitzende **Werner Schmidt** trat daraufhin zum 01. März 2008 zurück. Der Konzernüberschuss aus dem Jahr 2006 von ca. 1 Mrd. Euro reduzierte sich ein Jahr später auf 92 Mio. Euro.

Und es ging mit den Verlusten munter weiter. Lag die Wertberichtigung in 2007 bei 2,3 Mrd. Euro, so kamen nur im ersten Quartal 2008 weitere 2 Mrd. Euro hinzu. Im dritten Quartal 2008 gab es nochmal 1 Mrd. Euro Minus oben drauf, bis dann im März 2009 ein Verlust in 2008 von 5 Mrd. Euro bekannt gegeben wurde. Insgesamt lag das kritische Gesamtportfolio bei rund 24 Mrd. Euro. Um die Eigenkapitalbasis zu stärken, hatte die BayernLB Bundesmittel von **5,4 Mrd.** Euro aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds beantragt.

Zur Rettung der BayernLB hatte der Freistaat Bayern **7 Mrd.** Euro und die Bundesregierung **3 Mrd.** Euro zur Verfügung gestellt. Nachdem Ende 2008 bekannt wurde, dass das Finanzloch größer sei als vermutet, sprang die Bundesregierung mit Bürgschaften von weiteren **15 Mrd.** Euro ein.

Es wurden größere Umstrukturierungsmaßnahmen beschlossen, wobei insgesamt etwa 5.600 Arbeitsplätze auf der Strecke blieben. Und wieder einmal verloren tausende Arbeitnehmer ihren Job, weil das gierige Management mit dem Geld der Bankkunden riskante Wetten abgeschlossen hatte. Es war ja nicht ihr persönliches Geld!

Die Bayern LB hat mit dem unverantwortlichen Zocken an den Finanzmärkten dem bayerische Steuerzahler enorme Zinslasten aufgedrückt. Pro Stunde liegt die Zinslast bei über 39.000 Euro. Das macht pro Tag etwa 940.000 Euro. Wohlgermerkt, das sind **nur** Zinsen. Auf's Jahr 2011 gerechnet darf sich der bayerische Steuerzahler schon freuen. Alle zusammen dürfen insgesamt ca. **343 Mio.** Euro für das Desaster der BayernLB an Zinsen berappen. Bei dieser Summe ist es schon sehr erstaunlich, dass immer noch fast die Hälfte der bayerischen Bevölkerung die Partei wählt, deren Mitglieder für diesen Finanzsumpf verantwortlich sind. Nun ja, wer aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und weiterhin für Politikerversagen geschröpft werden will, muss halt dafür zahlen.

Wie bereits oben erwähnt, war die Beteiligung an der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA) ein großer Fehler. Hier nun die Fakten zu dem Geldverbrennungs-Deal. Für rund 1,625 Mrd. Euro übernahm im Mai 2007 die BayernLB 50 % plus eine Aktie an der österreichischen Bank HGAA. Die Beteiligungsquote wurde auf 67,08 % aufgestockt. Ziel dieser Beteiligung war, das Geschäft in Ost- und Südosteuropa auszubauen. Natürlich konnten auch die Verantwortlichen der BayernLB den Hals nicht voll bekommen – Gier frisst Hirn! Interessanterweise hatte die BayernLB für den Kauf der HGAA einen Beratervertrag mit der [N M Rothschild & Sons](#) abgeschlossen. Ein Schelm, der böses dabei denkt. Erstaunlich bei diesem Deal war, dass die Buchprüfung der HGAA nach nur wenigen Tagen abgeschlossen wurde. Zu den fraglichen Due-Diligence-Prüfungen wollte sich die BayernLB wegen der laufenden Ermittlungen nicht äußern. Maßgeblichen Anteil an der HGAA-Beteiligung hatte jedoch **Tilo Berlin**, der bis März 2009 Vorstandsvorsitzender der HGAA war. Er und **Werner Schmidt** hatten früher bereits zusammengearbeitet. Dem [SPIEGEL](#) erklärte **Tilo Berlin**, „*dass "sämtliche Vorgänge", an denen er beteiligt war, "korrekt und im Einklang mit allen Gesetzen" waren*“. Was sollte er auch sonst sagen! Dem bayerischen Steuerzahler kostete das fragwürdige HGAA-Abenteuer in etwa **3,7 Mrd. Euro**. Letztendlich ging die marode HGAA für einen Euro an Österreich über.

Gegen **Werner Schmidt** hatte die Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts der Untreue Ermittlungen aufgenommen. Dabei kam heraus, dass **Werner Schmidt** einen Beratervertrag in Höhe von 50.000 Euro von der HGAA erhalten hatte. Der HGAA-Deal stinkt gewaltig. Der [Verdacht auf Insider-Geschäfte](#) liegt nahe. Möglicherweise haben sich dabei einige Herren eine goldene Nase verdient. Die Verlierer, wie bei den meisten dubiosen Bankgeschäften, sind wie immer die Steuerzahler, die sich nicht dagegen wehren.

Die BayernLB steckt nach wie vor in großen finanziellen Schwierigkeiten. Wie kürzlich erst bekannt wurde, steht sie vor dem Verkauf ihrer [GBW-Anteile](#). 85.000 Mieter müssen demnächst mit einem neuen Vermieter rechnen. Deutschland wird verkauft!

Sonstige „systemrelevante“ Banken

Es gibt wohl kaum eine größere deutsche Bank, die nicht in der Subprime-Krise verwickelt war/ist. Sparkassen und kleinere regionale Banken haben sich zum Glück ihrer Kunden nicht dem Giertrieb unterworfen. Welche Banken sind wirklich „systemrelevant“? Etwa eine Commerzbank, die unbedingt die marode Dresdner Bank übernehmen musste und wenig später teilverstaatlicht (25 Prozent plus einer Aktie) wurde? Die Commerzbank wollte groß hinaus und expandieren – im osteuropäischen Geschäft das große Geld machen. Vor gut 3 Jahren notierte die Aktie der Commerzbank bei etwa 30 Euro. Mittlerweile pendelt die Aktie um 1,60 Euro. Der gesamte Anteil der stillen Einlagen des Bundes an der Commerzbank liegt bei etwa **16,4 Mrd. Euro**.

Was sind eigentlich „systemrelevante“ Banken? Etwa die o.g. Banken, die bisher mit etlichen Mrd. von Steuergeldern gerettet oder mit Bürgschaften des Bundes in dreistelliger Mrd.-Höhe abgesichert wurden? Oder etwa eine:

- HSH Nordbank
- SachsenLB
- LBBW

So genau weiß das niemand, selbst unsere Politpfeifen nicht, die mit Steuergelder nur so um sich werfen, um das Volk in Sicherheit zu wiegen, damit es bloß nicht ihr Geld von den Banken abheben. Die einzige Bank, die vom Bund bisher keine Hilfe in Anspruch genommen hat und zu den weltweit 30 größten „systemrelevanten“ Banken gehört, ist die Deutsche Bank. Was allerdings nicht heißen soll, dass das Geld der Sparer bei der Deutschen Bank sicher ist.

Fazit

Letztendlich, und das sollte inzwischen jedem klar sein, geht es gar nicht darum, die Banken zu retten, sondern vielmehr darum, die Einlagen der Großkunden und –sparer zu retten. Hierbei geht es nicht um zehntausend oder hunderttausend Euro, sondern um Mio. und Mrd. Politiker sind nichts anderes als Marionetten der Lobby, der Hochfinanz. Und deshalb müssen sie das Märchen der Bankenrettung unter's Volk bringen und argumentieren: „**Die Spareinlagen sind sicher**“! Ja, die Spareinlagen sind sicher – für die Millionäre und Milliardäre. Dafür werden die ganzen Rettungspakete für die Banken, für die der Steuerzahler am Ende haftet, geschnürt. Politik ist ein schmutziges Geschäft und wer oben bleiben will, muss vor der Lobby einen Kniefall machen. Wer dafür nicht bereit ist, für den ist die Politikkarriere nur von kurzer Dauer. Was meinen Sie wohl, warum es Ronald Pofalla bis zum Kanzleramtsminister geschafft hat? Er war jedenfalls ehrlich und hat sich hinsichtlich des Grundgesetzes folgendermaßen geäußert: *„Lass mich mit so einer Scheiße in Ruhe.“* Da schießt einer auf das Grundgesetz und ist immer noch im Amt. Unsere Bundeskanzlerin und unser Bundespräsident hüllen sich in Schweigen. Dieses Schweigen kann man nur so interpretieren, dass sie ebenfalls Verfassungsfeinde sind.

Bankster müsste man sein. Ein paar Verlustgeschäfte realisieren, Abfindungen abkassieren und schon haben diese Schurken ausgesorgt. Im folgenden [Video](#) wird das Abkassieren einiger Bankvorstände dargestellt.

Lasst Banken endlich pleite gehen. *„Was ist daran so dramatisch? Die Banken wussten doch, auf was sie sich einlassen. Die haben griechische Bonds gekauft, weil sie dabei etwas mehr Rendite als bei Bundesanleihen bekamen“*, sagte Dirk Müller in einem Interview mit dem [Handelsblatt](#). Emilio Botin, Vorstandsvorsitzender der Banco Santander, sagte ganz konkret: *„Es ist von fundamentaler Bedeutung, dass für jedes Finanzinstitut die Möglichkeit besteht, bankrottzugehen. Ist eine Bank nicht lebensfähig, muss sie aus dem Markt ausscheiden können, ohne ein Risiko für das gesamte System zu verursachen und ohne staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen“* ([Handelsblatt](#)).

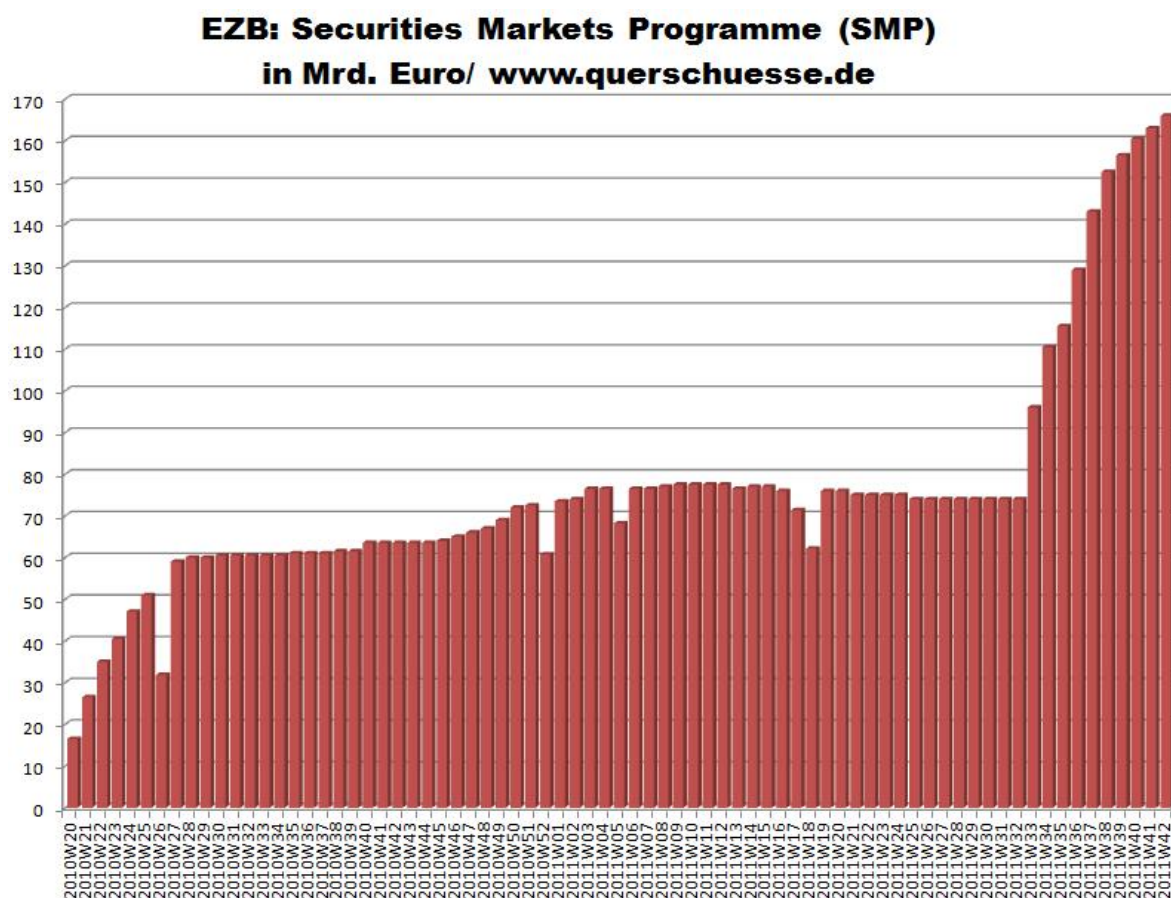
Und warum standen etliche deutsche Banken kurz vor der Pleite? Doch nur, weil die Zockerbande auf hochriskante Papiere gewettet hatte. War ja nicht ihr Geld, sondern nur das Geld der Bankkunden und der Steuerzahler. Daher sollten Bankmanager für hochriskante Wetten, die zu großen Verlusten führen, in Haftung genommen werden. Mit einer kleinen Änderung im AG-Gesetz wäre es schon getan.

Es muss endlich Schluss sein, mit dem Geld der Steuerzahler bzw. der Sparer riskante Geschäfte zu tätigen. Wenn die Risikogeschäfte gut laufen, kassieren die Bankster fette Boni. Gehen die riskanten Geschäfte in die Hose, müssen die Steuerzahler für die Verluste aufkommen und die Verantwortlichen kommen ungeschoren davon und profitieren auch noch satte Abfindungen.

„Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ (Bertold Brecht)

Das größte Übel unseres Geldsystems sind die Zentralbanken, die Geld aus dem NICHTS schöpfen. Obwohl laut Art. 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die EZB nicht befugt ist, Staatsanleihen von EU-Mitgliedsstaaten zu erwerben, hat sie sich nicht daran gehalten. Der verantwortliche EZB-Chef **Jean-Claude Trichet** hat sich einen Dreck darum gekümmert, die Verträge einzuhalten. Es gibt Politiker, die „scheißen auf das Grundgesetz“ und andere, die Verträge ohne Skrupel missachteten. Dem Gesetzesbrecher **Trichet** wurde sogar 2011 der [Karlspreis](#) für Verdienste um die Europäische Einigung verliehen.

Einen Überblick über die bisher aufgekauften Staatsanleihen der EZB von EU-Mitgliedsstaaten zeigt folgende Grafik:



Weitere Infos zum Ankauf von Staatsanleihen aus finanzschwachen Mitgliedsländern der Eurozone (PIIGS) durch die EZB unter [Querschuesse](#).

Die Banken können sich für 1,5 Prozent Zinsen von der EZB Geld leihen und kaufen für das geliehene Geld hochriskante Staatsanleihen von beispielsweise 6-8 Prozent oder sogar noch mehr. Angenommen, die Bank X leiht sich für 1,5 Prozent 1 Mrd. Euro bei der EZB und kauft dafür z.B. griechische Staatsanleihen zu einem Zinssatz von 6,5 Prozent. Die Zinsdifferenz von 5 Prozent bringt der Bank X einen Gewinn von satten 50 Mio. Euro. Zahlt Griechenland die Zinsen und am Ende der Laufzeit den Kredit zurück, ist für die Bank alles im grünen Bereich. Passiert dies nicht, hat die Bank ein Problem, denn die muss halt die Zinsen an ihre Großsparer zahlen. Deren Zins, für den die Großsparer ihr Geld den Banken leihen, liegt in

etwa in dieser Größenordnung – bei 5 Prozent. Nun hat Griechenland aber ein Problem. Das Land kann den Kredit nicht mehr zurückzahlen. Und damit haben auch die Banken, die den Griechen einen Kredit gewährt haben, ein Problem. Das Ausfallrisiko ist groß, und dann heißt es von politischer Seite: **Um den Euro zu retten, müssen wir Griechenland retten.** Eine dreiste Lüge. In Wirklichkeit werden die Banken vor größeren Verlusten gerettet und somit deren Großsparer. Der Steuerzahler haftet letztendlich nicht für die Banken, sondern für die Reichen der Reichen. Warum eigentlich? Die Reichen beziehen Jahr für Jahr leistungsloses Einkommen, während ein Großteil der Arbeitnehmer für 40-50 Std./Woche gerademal einen Hungerlohn erhalten.

Und einer der größten Lügen unserer Politiker ist die geplante Schuldenbremse ab 2016. In einer Zinsökonomie, in der wir uns befinden, kann es unmöglich eine Schuldenbremse geben. Aus dem Schuldensumpf gibt es kein Entrinnen. Warum wohl wurde die geplante Schuldenbremse bislang nicht in der Verfassung verankert? Sie entspricht einfach nicht der Realität, denn um die enormen Zinsen zu zahlen, müssen die hochverschuldeten Staaten weitere Schulden machen. Je höher die Zinsen, desto mehr Schulden. Die „PIIGS-Staaten“ sind das beste Beispiel.

Auch wird von Politikern immer wieder das Argument genannt, dass wir das Vertrauen der Finanzmärkte nicht aufs Spiel setzen dürfen. Und wer sind die Finanzmärkte? Natürlich die Investment-Banken, die für die ganze Zockerei verantwortlich sind. Von daher ist es zwingend notwendig, eine Trennung von den Investment-Banken und den Geschäftsbanken, die für die Kreditversorgung der Realwirtschaft sorgen sollen, vorzunehmen.



Zentralbanken müssen schleunigst abgeschafft werden. Der US-Abgeordnete Ron Paul fordert schon seit Jahren die Abschaffung der US-Notenbank (FED) und fordert Gold und Silber als [gesetzliches Zahlungsmittel](#).

Die Geldversorgung muss dem Staat obliegen. Benötigt z.B. ein Bundesland oder eine Kommune einen Kredit, so kann der Staat diesen Kredit über eine bestimmte Laufzeit und mit einer festgelegten Rate **zinsfrei** gewähren. Auf Staatsanleihen dürfen ebenfalls keine Zinsen anfallen. Keine Volkswirtschaft braucht Privatbanken, wenn der Staat die Geldversorgung kontrollieren würde.

Auch bei Unternehmensgründungen könnte der Staat mit einem zinslosen Kredit einspringen, indem er sich direkt an dem neu gegründeten Unternehmen beteiligt. Wobei hier mehr die Kommune als Geldgeber fungieren würde. Bei dieser Variante käme noch hinzu, dass die Überlebenschance des neugegründeten Unternehmens gerade in den ersten Jahren ohne Zinszahlung erheblich größer wäre und somit auch planbarer. Ein weiterer Vorteil wäre, sollte sich das Unternehmen erfolgreich entwickeln, dass auch die Kommune und deren Bürger davon profitieren.

Es gibt noch viel zu tun. Die Politiker müssen es nur wollen. Das Vertrauen in das Geldsystem und in eine bürgerfreundliche Politik muss wieder hergestellt werden. Die derzeitige Regierung der BRD GmbH ist dazu leider nicht in der Lage.

Über eins muss man sich immer im Klaren sein. Wer die Schulden kontrolliert, kontrolliert alles – auch die Regierungen!

Weitere Quellen:

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/immobilienkrise16.html>

<http://de.wikipedia.org>

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/bayernlb-vor-verkauf-von-gbw-anteilen-mieter-muessen-zittern-1.1165662>

<http://www.rottmeyer.de/andreas-popp-zeit-fur-eine-revolution/>

=====

Copyright © Dieter Sordon

Internet: www.krisenfrei.de

Kontakt-Mail: info@krisenfrei.de

Die Weiterverbreitung dieses Artikels, oder Zitate daraus, ist nur mit Quellen- und Autorangabe gestattet.

23. Oktober 2011